

# Positives Echo auf Klärschlamm-Plan

Verbrennungsanlage am Hafen: Das sagen Politiker zum 50-Millionen-Euro-Projekt

Von Rainer Breda  
und Jan Fuhrhop

**Hildesheim.** Bei den größeren Fraktionen im Rat gibt es keine grundsätzlichen Vorbehalte gegen die Verbrennungsanlage für Klärschlamm, die die Stadt gemeinsam mit acht weiteren Kommunen am Hafen plant. Gegenüber der HAZ zeigten sich CDU, SPD, Grüne und AfD dem 50-Millionen-Euro-Vorhaben gegenüber aufgeschlossen. Die Gruppe Unabhängige/FDP will sich demnächst äußern, die Linke reagierte nicht auf die Bitte um eine Stellungnahme. Oberbürgermeister Ingo Meyer und Stadtentwässerungschef Erwin Voß hatten den Rat und die Ortsräte Nordstadt, Drispensstedt und Himmelsthür am Montagabend über das Projekt informiert.

„Wir machen das ja nicht aus Spaß, sondern weil wir gesetzlich

verpflichtet sind, etwas zu unternehmen“, betonte CDU-Chef Ulrich Kümme. Bei einem Standort in Hildesheim spare die Stadt Kosten, außerdem müsse sie den Klärschlamm nicht transportieren. Er habe angesichts des Begriffs „Verbrennung“ zunächst Geruchs- und Lärmbelästigungen befürchtet, räumte Stephan Lenz ein. Der SPD-Politiker hatte mit anderen Ratsvertretern an einer Info-Fahrt zu einer Müllverbrennungsanlage nach Kiel teilgenommen, die ähnlich arbeitet. Dies habe seine Bedenken zerstreut, sagt Lenz; er könne der SPD-Fraktion empfehlen, das Vorhaben zu unterstützen.

Die Sozialdemokraten haben das Thema noch nicht beraten – die Grünen schon: Sie gehen nach ihrem jetzigen Wissen nur von minimalen Belastungen für die Umgebung aus, erklärte Sprecher Ulrich Rübiger, der

ebenfalls bei der Info-Tour dabei war. Allerdings wolle seine Fraktion darauf drängen, die Anlieferungsanteile für die drei vorgesehenen Verkehrswege festzuschreiben: So solle möglichst wenig Klärschlamm über die Straße und umso mehr via Schiene und Wasser ankommen – mit Rücksicht auf die Nordstadt und Drispensstedt. Auch die AfD zeigt sich offen. Seine Fraktion halte die Pläne in doppelter Hinsicht für sinnvoll, erklärte Chef Ralf Kriesinger: „Sinnvoll, um die kommenden Entsorgungsprobleme zu lösen, sinnvoll, um die Hafenauslastung ein Stück weit zu verbessern.“

Ekkehard Domning (Grüne) sieht sich nach den ersten Informationen noch nicht in der Lage, eine fundierte Bewertung des Vorhabens abzugeben. So könne er nicht einschätzen, ob die Aussagen zu Emissionen stimmen

oder nicht, sagt der Ortsbürgermeister der Nordstadt. Der Ortsrat werde sich Ende November mit dem Thema beschäftigen. Was Domning aber ärgert, ist „die Alternativlosigkeit“, mit der der Standort für die Anlage verkündet worden sei. „Ich hätte erwartet, dass man sich für die Sache ausspricht und dann in einem transparenten Verfahren nach einem geeigneten Standort sucht.“ Domnings Himmelsthürer Ortsbürgermeister-Kollege Christian Stock (CDU) steht dem Projekt aufgeschlossen gegenüber, will aber vor allem ein Auge auf die Auswirkungen des Anlieferverkehrs haben. Es dürfe nicht sein, dass der Linnenkamp noch stärker durch Lastwagen belastet würden, „da haben wir ein Auge drauf.“ Drispensstedts Ortsbürgermeister Arne Heims (SPD) war am Dienstag für eine Stellungnahme nicht erreichbar.